* Officiös wird gemeldet: „In Bezug auf die Frage der Vorlegung des Reichshaushalts-Etats pro 1884/85 hören wir, daß die betreffende Mittheilung bereits an den Bundesrath gelangt und den verschiedenen Reichsbehörden Weisung zugegangen ist, die nothwendigen Arbeiten baldigst bewirken zu wollen. Wird auch der Etat im Großen und Ganzen dem bereits einmal vorgelegenen entsprechen, so sind doch mehrfache Correcturen nothwendig in Folge der Ergebnisse, die sich bei Berathung und Beschlußfassung über den Etat pro 1883/84 herausgestellt haben. Es ist ja nicht ausgeschlossen, daß außerdem noch einige andere Modificationen, wie sie sich im Laufe der Zeit als angezeigt dargestellt haben, vorgenommen werden. Jedenfalls wird der Reichstag in der ersten Hälfte des April den Etat in Empfang nehmen."

* Ueber die Verhandlungen mit dem Vatican hat sich ein süddeutscher Staatsmann jüngst wie folgt geäußert: „Wenn es dem Vatican mit dem Frieden ernst wäre, würde dieser in vier Stunden geschlossen sein, und wenn der Friede in vier Stunden nicht zu Stande gekommen ist, kommt er nicht in vier und nicht in vierzig Jahren zu Stande. Während man in ganz Europa weiß, daß der Vatican den Frieden mit Deutschland gar nicht brauchen kann, will man Dies in Berlin allein nicht wissen, wo doch der scharfblickendste Staatsmann Europas weilt. Die Frage, welche die Welt beschäftigt, ist daher auch gar nicht, ob der Friede zu Stande kommt, sondern was Berlin bestimmt, die Wirklichkeit zu ignoriren?"

* Wir begegnen häufig der Annahme, schreibt die „N. L. C." als ob wir nahe vor einer neuen gesetzgeberischen Action auf kirchenpolitischem Gebiet ständen," als ob sich vielleicht noch die gegenwärtige preußische Landtagssession mit einem neuen Kirchengesetz zu beschäftigen haben werde. In parlamentarischen Kreisen ist davon nichts bekannt, und nach der ganzen Situation wird diese Annahme für wenig wahrscheinlich gehalten. Eine kirchenpolitische Revisionsvorlage würde ohne Zweifel zu erwarten gewesen sein, wenn die Verhandlungen mit der Curie zu einer Verständigung geführt hätten. Daß eine Verständigung nicht erreicht worden, wird nun doch allerseits zugegeben. In welcher Richtung sollte sich nun ein selbständiges gesetzgeberisches Vorgehen der Regierung in der Kirchenfrage bewegen? Die zurückweisende Haltung der Curie mit Milderungen der Maigesetze zu erwidern und damit nur immer maßlosere Ansprüche hervorzurufen, wird man doch der Regierung nicht zumuthen. Für Verschärfungen dürfte anderseits auch keine Stimmung und keine Nothwendigkeit vorhanden sein. Auch die Erneuerung des jüngsten Disciplinargesetzes, die allenfalls in Frage kommen könnte, ist durchaus noch nicht dringlich. Kurz, wir vermögen uns nicht vorzustellen, welchen Inhalt und welche Berechtigung im gegenwärtigen Augenblick eine neue Kirchenvorlage haben könnte.

* Nachdem die „Germania" die Erklärung der Centrumspartei veröffentlicht, daß der Partei wegen ihres „mannhaften Auftretens" aus „allen Theilen des Landes" so zahlreiche Zustimmungserklärungen zugegangen seien, daß die Herren außer Stande sind, die Briefe einzeln zu beantworten, ahnt Herr Eugen Richter in der „Volkszeitung" diesen Vorgang nach. Auch ihm sind wegen seines „unerschrockenen Vorgehens" unzählige zustimmende Briefe zugegangen. Wem fällt dabei nicht jenes schöne Wort ein, das einmal Abg. Berger im Parlament zum Besten gab: „Meine Herren! Wir sind ja hier unter uns, wir haben nicht nöthig, uns vor einander zu geniren. Wir wissen ja Alle, wie es gemacht wird!"

* Im preußischen Abgeordnetenhause wurde am Freitag der Cultusetat erledigt. Hervorzuheben ist aus der Debatte nur das heftige Emporlodern des Culturkampfs, welcher durch die Abgg. v. Heereman und Bachem angefacht wurde. Herr Windthorst erdreistete sich bei dieser Gelegenheit von den Ausflüchten des Herrn v. Goßler zu sprechen und verglich den preußischen Cultusminister mit Pillatus.

* Das Schreiben des Reichskanzlers in Sachen der Vivisection wird in weiten Kreisen lebhaft besprochen. Dasselbe wird vielfach als im Widerspruch stehend zu der Auffassung betrachtet, welche der Cultusminister v. Goßler seiner Zeit im Reichstage zu Gunsten der Vivisection entwickelt hatte. Von anderer Seite wird geltend gemacht, daß der Reichskanzler sich nur gegen solche Experimente wendet, welche sich als reine Thierquälereien charakterisiren, ohne der Wissenschaft Nutzen zu leisten. Inzwischen wird bekannt, daß die Gegner der Vivisection an der Hand des Briefes die ganze Sache noch einmal im Reichstage zur Erörterung bringen wollen.

* In der Cultusetatsdebatte hatte der Abg. Majunke behauptet, Prof. Beyschlag habe in seiner Schrift über den „Altkatholicismus" den Rath gegeben, man solle alle verwaisten katholischen Pfarreien entweder mit altkatholischen oder mit evangelischen Geistlichen besetzen. Mit Bezug darauf richtet Prof. Beyschlag an die „Post" ein Schreiben, worin er sagt:

Ich fordere Herrn Majunke hiermit auf, diese Anführungen auch nur mit einem Wort meiner Schrift zu belegen. In meinem am 24. October in Berlin gehaltenen Vortrage habe ich unmittelbar nach der Erwähnung der Altkatholiken wörtlich gesagt: „Andererseits, auch der vaticanische Katholicismus muß getragen werden, muß alle die Duldung und Freiheit genießen, welche das protestantische und preußische Princip der Toleranz unsichtlich. Nicht nur, daß wir den Einzelnen, welche ihm äußerlich angehören, die Folgerungen ihres kirchlichen Systems erst dann anrechnen dürfen, wenn sie sich durch Wort und That zu denselben bekennen: nein, auch das System soll seine rechtliche Freiheit haben als die öffentliche Religion eines Theils deutscher Nation, bis dieser selbst damit bricht; die römische Kirche soll ihr Kirchengut, ihre Selbstverwaltung, ihre ungehinderte Lehre und Feier haben, — wenn nächstens noch die (in Frankreich bereits geforderte) „Andacht zum Papste" hinzukomme, auch die." Anders habe ich auch in meiner Schrift über den Altkatholicismus nicht geredet. Was insonderheit den Vorschlag angeht, die verwaisten Pfarreien mit altkatholischen oder evangelischen Geistlichen zu besetzen, so hat ihn vor längerer Zeit in meiner Monatsschrift ein Mitarbeiter mit seiner Namensunterschrift gemacht, nicht ich; und er kommt in meiner in Rede stehenden Schrift weder dem Wortlaute noch dem Sinne nach vor. Dies Citat als „Quintessenz" meiner Schrift beweist mithin evident, daß Herr Majunke die Schrift, welche er öffentlich vor Regierung und Land zu verklagen unternahm, gar nicht gelesen hat. Er hat statt dessen vermuthlich aus der trüben Quelle der ihm nahestehenden Presse geschöpft; vergleiche die „Schlesische Volks-Ztg." vom 24. Januar, die sich für dieselbe falsche Nachrede ihrerseits wieder auf die „Germania" beruft.

* Der Urlaub des Staatssecretairs des Innern, von Bötticher, ist, wie die „N.-Ztg." schreibt, zunächst bis zum 1. April verlängert. Herr von Bötticher erholt sich nur sehr allmälig. Es handelt sich darum, die durch große Blutverluste geschwächten Kräfte wieder zu heben. Dagegen ist der Staatssecretair im Reichsschatzamt, Burchardt, vollständig hergestellt und hat die Leitung seines Ressorts in vollem Umfang wieder aufgenommen.

* * *

* Die Magyaren erhalten wieder eine landsmannschaftliche Verstärkung. Tausende, in verschiedenen Gegenden der Bukowina zerstreut lebende Magyaren haben eine Deputation nach Pest geschickt, um die Mittel zur Uebersiedelung nach Ungarn zu erhalten. Es sind dazu 20,000 Gulden nothwendig, welche durch eine „National-Subscription" in Ungarn aufgebracht werden sollen. Die Pester Blätter haben bereits die Sammlungen eröffnet.

* In Norwegen dreht sich das politische Leben noch immer um den Conflict, in den Krone und Parlament (Storthing) über die Frage wegen der Betheiligung der Staatsräthe (Minister) an den Storthingverhandlungen gerathen sind. Dieser Conflict datirt seit 1872; damals nahm die Mehrheit der Volksvertretung (80 gegen 29 Stimmen) einen Gesetzentwurf an, in Folge dessen die Staatsräthe aufgefordert wurden, den Sitzungen des Storthings, wie es in anderen constitutionellen Ländern der Fall sei, beizuwohnen. Der König verweigerte diesem Gesetzentwurf die Zustimmung, ließ aber dem Storthing in der nächsten Session einige auf eine wesentliche Verfassungsänderung abzielende Vorlagen unterbreiten, durch welche das gestörte Gleichgewicht zwischen Krone und Volksvertretung wieder hergestellt werden sollte. Der Storthing lehnte diese Vorlagen einstimmig ab und forderte den König auf, das Ministerium zu entlassen, was dieser jedoch verweigerte. Nach der norwegischen Verfassung wird eine Vorlage, der drei verschiedene Storthings, in welchen die Mitglieder für drei Jahre ihre Sitze einnehmen, ohne Aenderung zustimmen, Gesetz, selbst wenn der König seine Zustimmung dazu verweigert. Auf diese Verfassungsbestimmung fußend, begann der Storthing nunmehr seine Action und trat damit der Conflict in eine neue Phase. Am 9. Juni 1881 erklärten die Volksvertreter den dreimal von einer gesetzlichen Mehrheit angenommenen Gesetzentwurf bezüglich der Anwesenheit der Staatsräthe bei seinen Sitzungen als „giltiges Gesetz für das Königreich Norwegen". Die Krone beharrte bei ihrem Veto, mit dem sie auch verschiedene weitere Beschlüsse des Storthings belegte. Der Appell an das Volk durch Neuwahlen ist zu Ungunsten der Regierung ausgefallen. Der König hatte die letzte Session mit einer scharfen, die Haltung der Mehrheit tadelnden Thronrede geschlossen, die Ansprache, mit welcher er am 18. Februar die neue Session eröffnete, zeigte einen mehr versöhnlicheren Ton. Die Regierung habe ihre Aufmerksamkeit auf eine Veränderung der Bestimmungen des Grundgesetzes gerichtet, durch welche den Forderungen wegen Erweiterung des Stimmrechts ein Entgegenkommen gezeigt werden solle. Es liege bereits jetzt ein Grundgesetzvorschlag vor, welcher die Lösung der Frage wegen Theilnahme der Staatsräthe an den Verhandlungen des Storthings bezwecke. Die Antwort des Storthingspräsidenten war kurz und schneidig:

Bei vollständiger Würdigung der uns gewordenen Vertrauens-Aufgabe gehen wir, die Repräsentanten des Volks, zu unserer Arbeit im Namen der Verfassung und des Fortschritts. Die Aufgabe ist schwierig, aber wir hoffen, daß unser Wirken durch Vorhalten der großen Ziele, das Wohl des Vaterlandes und die Brüderschaft im Norden, gestärkt werden wird. Dazu sichert wir um Beistand von ihm, der das Geschick der Könige und der Völker in seiner Hand hält.

Doch fand sich der Storthing diesmal bereit, eine Deputation von 12 Mitgliedern aus ihrer Mitte zu wählen, um den König im Schlosse zu begrüßen und ihm und seiner Familie die besten Wünsche der Volksvertretung zu überbringen. Die Mehrheit des Storthings ist entschlossen, wenn die Regierung nicht nachgiebt, das Budget zu verweigern und eventuell die Minister in den Anklagezustand zu versetzen. Inzwischen ist, wie die „Nat.-Ztg." meldet, der König nach Stockholm gereist, von wo er am 6. März nach Christiania zurückkehren wird, wo ihm die Adresse des Storthings erwartet, welche nach einem düster gehaltenen Ueberblick der politischen Lage in einem Tadelsvotum gegen die Staatsräthe gipfeln wird.

* Die Kirgisen, welche sich am nördlichen Ufer des Kaspischen Meeres niedergelassen haben, sehen sich in ihrer Existenz gefährdet, da, wie dem „Golos" geschrieben wird, der fruchtbare Landstreifen am Norduser des Kaspischen Meeres mit jedem Jahre schmäler wird, und dieser Umstand die Kirgisen zwingt, immer näher ans Meer zu rücken. Wie rasch das Verschreiten des Wüstensandes vor sich geht, ist daraus zu ersehen, daß manche der nördlichsten Oasen, auf denen noch vor etwa fünfzehn Jahren sich Kirgisenniederlassungen befunden haben, heute vom Sande verschüttet sind; das Wasser ist versiegt und es erheben sich dort Sandhügel von einer solchen Höhe, daß sie im Umkreise von 30 Werst sichtbar sind. Die Dürre während der Jahre 1877 bis 1880 hat die Viehheerden stark verringert, und mancher früher behäbige Viehbesitzer ist heute gezwungen, sich als Feldarbeiter oder als Fischer zu verdingen. Nur den günstigeren Verhältnissen der letzten Jahre ist es zu verdanken, daß die Lage der Kirgisen sich nun wieder ein wenig zu bessern begonnen hat.

* Die Stärke der anarchistischen Bewegung in Südspanien nimmt steigende Dimensionen an. Der amtliche Madriber Telegraph hält sich aus nahe liegenden Gründen in consequentes, aber darum nicht minder beredtes Schweigen, jedoch auf Umwegen verlautbart doch mancherlei, welches die Zustände der Provinz Andalusien als wenig beruhigend erscheinen läßt. Es hat sich herausgestellt, daß die Conspirationen des Geheimbundes der „Schwarzen Hand" Verzweigungen in den bedeutendsten Handels- und Industriecentren Spaniens, die Hauptstadt inbegriffen, besitzen, und fast jeder Tag führt die Entdeckung neuer Brutstätten, der internationalen Propaganda herbei. Die Gefängnisse von Arcos und Xeres sind überfüllt; trotzdem nimmt der von den Terroristen auf das Landvolk geübte Druck nicht ab, und den Untersuchungsrichtern sind aus Barcelona und Madrid anonyme Drohbriefe in Menge zugegangen. Die Verhängung von Ausnahmemaßregeln dürfte kaum noch lange zu vermeiden sein.

* Wie uns aus London berichtet wird, dürfte das Ergebniß der Donauconferenz, welches, wenngleich die Formalien einen Aufschub nothwendig machten und noch vielleicht zwei Sitzungen erheischen dürften, im Wesentlichen als perfect bezeichnet werden kann, auch nicht ohne Einfluß auf die Haltung Rumäniens geblieben sein, und ist noch immer die Erwartung gerechtfertigt, daß Rumänien schließlich dem Conferenzprotokolle doch beitreten werde. Aus rumänischen Quellen stammende Berichte lassen kaum einen Zweifel darüber zu, daß sich in rumänischen Kreisen selbst mit Rücksicht auf die Thatsachen die Ueberzeugung Bahn breche, man sei in den Befürchtungen wegen der Schädigung der rumänischen Donauinteressen zu weit gegangen. Von einer speciellen auf die rumänischen Interessen bezüglichen österreichischen Erklärung, von welcher ein Correspondent des „Temps" wissen will, ist nach einer Versicherung unseres Londoner Correspondenten in den dortigen Kreisen nichts bekannt.

* Ueber das Frauenstimmrecht in den Vereinigten Staaten macht die „N.-Y. H.-Z." vom 4. Januar nachfolgende Mittheilungen: Nur in den Territorien Utah und Wyoming haben Frauen das politische Stimmrecht. In Kansas, Nebraska, New-Hampshire, Vermont, Dakota und Wyoming dürfen Frauen in Schulversammlungen, in Colorado und Minnesota bei Schulwahlen und in Massachusetts bei der Erwählung von Schul-Comités stimmen. In Michigan und New-York können sie in Schulversammlungen stimmen, wenn sie Steuern bezahlt haben und im Territorium Washington, wenn sie der Besteuerung unterstellt sind. Wittwen und unverheirathete Frauenspersonen können in Idaho mit Bezug auf Districtssteuern stimmen, wenn sie steuerbares Eigenthum besitzen. In Oregon können Wittwen, welche Kinder und steuerbares Eigenthum haben, in Schulversammlungen stimmen. In Indiana können unverheirathete, nicht minderjährige Frauenspersonen, welche Steuern zahlen und als Vormünder oder Häupter von Familien eingeschrieben sind, in Schulversammlungen stimmen. In Kentucky kann jede weiße Frau, welche ein Kind im Schulalter besitzt, in Schulangelegenheiten stimmen; wenn sie kein Kind besitzt, aber doch Steuern zahlt, so kann sie in Steuerfragen stimmen. Frauen sind im Allgemeinen zu Schulämtern wählbar: in Illinois, Iowa, Kansas, Louisiana, Massachusetts, Michigan, Minnesota, Pennsylvanien, Vermont und Wyoming; zu Schuldistrictsämtern: in Colorado; zu jedem Schulamte mit Ausnahme des „Superintendenten": in Wisconsin. Sie können Mitglieder des Schulcomités sein: in New-Hampshire und Rhode-Island; Schultrustees in New-Jersey, und Schulvisitatoren in Connecticut. In Maine stehen ihnen einige Aemter offen und in Californien alle, die nicht durch die Staatsverfassung besonders ausgenommen sind.

Die italienischen Bombenverschwörer.

Die zerfahrenen Zustände Italiens werden in der That immer bedenklicher. Was auch die Regierung gelegentlich der Wahlen und Parlamentseröffnung hinsichtlich der Besserung der Verhältnisse und einer ruhigen, gesetzlichen Entwickelung des inneren politischen Parteilebens versprochen haben mag, so hat sich bisher von diesen Versicherungen doch nur sehr wenig oder richtiger nichts erfüllt. Die Anzeichen häufen sich vielmehr, daß die Regierung nicht die Macht besitzt, gegen das immer bedrohlichere Treiben der revolutionairen Parteien mit Nachdruck einzuschreiten, welche nicht allein im Inneren des Landes durch allerlei anarchische Kundgebungen gegen alle Rechts- und Ordnungsbegriffe sich auflehnen, sondern auch die äußere Stellung des jungen Königreiches auf das Schwerste compromittiren und ihm kaum das Vertrauen der europäischen Regierungen zuwenden können.

Das gegenwärtige italienische Cabinet hat wiederholt die Versicherung gegeben, daß die Revolutionspartei oder Irredenta im Lande nur in einer verschwindend kleinen Minderzahl vorhanden sei, deren Ausschreitung die Regierung mit Entfaltung der größten Energie begegnen werde. Diejenigen, welche Italien und seine revolutionairen Elemente nicht aus eigener Anschauung kennen, mochten sich vielleicht durch den für die Regierung scheinbar günstigen Ausfall der Parlamentswahlen täuschen und zu der Annahme bestimmen lassen, daß die Regierung wirklich durch die ihr ergebene parlamentarische Mehrheit eine kräftige Stütze gewonnen, wodurch es ihr möglich sein werde, die Achtung vor den Gesetzen aufrecht zu halten und so für die Herstellung geordneter Zustände kräftig einzutreten.

In dieser Richtung hat man aber bisher von einer erfolgreichen Wirksamkeit der Regierung in Verbindung mit dem Parlamente wenig vernommen. Die Irredenta und die mit ihr verbündeten Revolutionaire aller Schattirungen bekümmerten sich keinen Augenblick um den Wahlsieg der Regierung, fuhren vielmehr fort, den Widerstand und die Revolution in ihren Vereinen und Blättern ganz offen zu predigen, während nach wie vor eine Menge geheimer Revolutionsagenten das ganze Land durchzog, um durch allerlei Mittel die Bewegung zu verbreiten und ihr jene unheimliche Organisation zu geben, worin die Italiener als alte Verschwörer bekanntlich ein besonderes Talent bekunden. Gegen dieses Treiben vermochte die Regierung nur in den seltensten Fällen einzuschreiten, weil die Landesgesetze so beschaffen sind, daß sie dem unsinnigsten Demagogenthume den weitesten Spielraum gewähren. Vergeblich machten die hervorragendsten fremden Preßorgane die italienische Regierung auf die Gefahren der irredentistischen Bewegung und übrigen revolutionairen Kundgebungen aufmerksam, wie solche nur in Italien und sonst in keinem anderen europäischen Staate möglich seien. Was antwortete darauf die italienische Regierungspresse? Sie zuckte, allerdings mit betrübter Miene, die Achseln und erwiderte, die bisher bestehenden Landesgesetze forderten zum Einschreiten ganz bestimmte, thatsächliche Hinweise, ohne die auf einen Erfolg des Gesetzes nicht zu rechnen sei. — Als im Sommer vorigen Jahres nach dem Bombenattentate in Triest die Klagen und diplomatischen Vorstellungen gegen das Irredenta- und Verschwörerunwesen in Italien immer lauter und nachdrücklicher wurden, hieß es in der italienischen Regierungspresse, die Regierung werde in der nächsten Parlamentssession mehrere Gesetzesvorlagen einbringen, deren Annahme ihr in der erwähnten Richtung eine größere Machtvollkommenheit gewähren werde. Es blieb aber nur bei dem bloßen Versprechen; wenigstens ist bis heute von solchen Gesetzesvorlagen nichts bekannt geworden. Das Alles weist auf eine große Schwäche der italienischen Regierung gegenüber der Revolutionspartei, wenn nicht auf etwas Schlimmeres hin.

Wenn man nun dieses Gesammtbild seitens der italienischen Regierung sich vergegenwärtigt, so kann es kaum Wunder nehmen, daß der Fanatismus der Irredentisten immer hochgradiger und dreister wird. Auf die Unentschlossenheit und Zaghaftigkeit der Regierung rechnend, scheinen sie dieselbe geradezu herauszufordern. Das hat auch wieder das jüngste Bombenattentat gegen die beiden österreichischen Botschaftshotels in Rom bewiesen. Wie wir bereits bemerkt haben, hat zwar der officiöse Telegraph diese neueste Bedrohung der Vertreter Oesterreich-Ungarns mit der Behauptung abzuschwächen versucht, die geschleuderten Geschosse wären nur „minder gefährliche Carton-Petarden" gewesen, welche Niemand verletzt hätten, aber nach den neuesten Nachrichten aus Rom soll diese angebliche „Ungefährlichkeit" der Geschosse sich wenig bestätigt haben; auch spricht man bereits von mehreren Verwundeten. Daß dieses wiederholte Bombenattentat gegen die beiden in Rom beglaubigten österreichisch-ungarischen Botschafter in Wien und Pest große Aufregung und Entrüstung hervorgerufen, ist unschwer zu begreifen; ja man wird sich kaum wundern dürfen, wenn diese fortgesetzten Verbrechen schließlich zu einer bedenklichen Trübung der diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien führen sollten. In Pest, wo man nicht selten über gewisse Absichten und Maßnahmen seitens der österreichischen Regierung besser unterrichtet ist als in Wien, droht bereits das hochofficiöse Regierungsblatt „Nemzet" mit der Abberufung der österreichisch-ungarischen Botschafter aus Rom, wo diese, wie es thatsächlich sich herausstellt, die italienische Regierung nicht mehr zu schützen vermag. Daß eine solche Abberufung der Botschafter für die weiteren Beziehungen zwischen Oesterreich und Italien von den nachtheiligsten Folgen begleitet sein und unschwer zu bedenklichen Verwickelungen Veranlassung geben kann, braucht wohl kaum besonders hervorgehoben zu werden.

Ganz besonders bedenklich ist aber die immer zweifelloser hervortretende Thatsache, daß die nichtswürdigen Bestrebungen der Irredenta und das ganze revolutionaire Treiben in Italien nicht allein auf gewisse bildungslose, verkommene Volksschichten sich erstrecken, sondern selbst höhere Gesellschaftskreise ergriffen haben, deren oberste Pflicht gerade darin bestände, die Gesetze zu achten und im Lande für die Wiederkehr und Befestigung der Ordnung und Sicherheit zu wirken. Dieser Pflicht scheinen sich aber, so unglaublich es auch klingen mag, selbst die italienischen Gerichte nicht bewußt. Wenigstens sind bisher alle seitens der italienischen Gerichte gegen die auf italienisches Gebiet geflüchteten Triester Bombenattentäter geführten Processe völlig ergebnißlos verlaufen, ja die Freisprechung der Angeklagten hat den Irredentisten nur Veranlassung geboten, in wüstes Beifallsgeschrei auszubrechen. Erst vor wenigen Tagen sind, wie wir auch schon bemerkt haben, vier Triester Irredentisten, Namens Onagaro, Spinitsch, Büchler und Dröchsler in Venedig freigesprochen worden, wiewohl sie beschuldigt waren, die Absicht gehabt zu haben, einen Koffer mit zwei Bomben und revolutionären Flugschriften nach Triest zu senden. Was aber der Würde und Unparteilichkeit der italienischen Gerichte den schwersten Schlag versetzt, ist das Schreiben des Parlamentsmitgliedes und Cassationsgerichtsrathes Ellero an seine Wähler in Venedig, welches Schriftstück von den heftigsten und beleidigendsten Ausfällen gegen Oesterreich geradezu strotzt. Was ist also in Italien von den obersten Richtern des Landes zur Herstellung gesetzlicher Zustände zu erwarten, wenn selbst diese Richter es wagen, mit Wort und Schrift das revolutionaire Treiben zu ermuthigen? Wenn bezüglich des letzteren, geradezu unerhörten Falles die hochofficiöse „Opinione" meint, welchen Erfolg könne da die auswärtige Politik Italiens haben, so möchten wir bemerken, daß es sich dabei nicht allein um die äußeren Beziehungen sondern in erster Linie um Italien selbst handle, wo die Grundpfeiler eines civilisirten Staatswesens in einer Weise erschüttert scheinen, welche die schlimmsten Folgen befürchten läßt.

Kunst-Verein.

Sonntag, den 4. März, Vormittags ½12 Uhr Vortrag des Herrn Prof. Dr. Benndorf aus Wien über die österreichische archäologische Expedition nach Kleinasien.

Ausgestellt sind 1) an Oelgemälden: zwei Landschaften von Edmund Kanoldt in Karlsruhe, „Sorrent" von Otto Foerstерling in Dresden, „Großvaters Leiden" von R. Gysis in München, „Der Meistersinger bei der Arbeit" von Paula Kohlschütter in Dresden, zwei Blumenstücke von Marg. Kallmorgen und ein Stillleben von Maria Orthaus in Leipzig; 2) eine Portraitbüste von Georg Rheineck in Leipzig; 3) eine Portraitzeichnung von Richard Konkely in Leipzig.

Polytechnische Gesellschaft,

Gewerbe-Verein für Leipzig.

In der am Freitag stattgehabten Versammlung hielt Herr Dr. Otto Zacharias einen Vortrag über die Entwickelung der Fische, Vögel und Reptilien und knüpfte hieran allgemeine Betrachtungen über die ursprüngliche Verwandtschaft dieser jetzt so sehr von einander verschiedenen Thiergruppen.

Vor einigen Tagen — so begann der Redner — sei im preußischen Abgeordnetenhause mit Heftigkeit darüber debattirt worden, ob die Naturforschung ein Recht dazu habe, auch den Menschen in den Kreis ihrer Betrachtungen zu ziehen und ob es vom Standpuncte des religiösen Bewußtseins aus gestattet werden könne, daß der Mensch als die höchste Spitze, resp. als der jüngste Ausläufer des Wirbelthierstammes, bezeichnet werde. Hofprediger Stöcker sei derjenige gewesen, der diese Frage aufgeworfen und damit den Versuch gemacht habe, eine neue Art von Culturkampf anzuzetteln. Glücklicher Weise habe er sofort einen Kämpen gefunden, der ihm in voller Rüstung entgegengetreten sei und ihn mit dem blanken und scharfen Schwerte der wissenschaftlichen Beweisführung zu Boden geschlagen habe. Professor Virchow, der in dieser Position recht eigentlich an seinem Platze gewesen sei, habe sich mit seiner vortrefflichen Rede vom 26. Februar ein großes Verdienst um die Klärung der Anschauungen in Bezug auf das Verhältniß der Wissenschaft zur Religion erworben und es sei zu hoffen, daß es der theologische Obscurantismus fernerhin nicht mehr wagen werde, sein beschränktes Gebiet zu überschreiten und sich in die Arena der Wissenschaft zu begeben. Wenn man den Menschen als Object der Naturforschung betrachte, so unterliege es keinem Zweifel, daß der Zoologe denselben als ein Wirbelthier classificiren müsse. Der Mensch hat einen Körperbau, ein Muskel- und Nervensystem, eine Blutbeschaffenheit und eine Textur seiner organischen Gewebe, die es nothwendig, daß er mit Geschöpfen, welche ein gleiches oder ähnliches Verhalten in physischer Beziehung zeigen, in dieselbe Gruppe gestellt werde. Solche Geschöpfe seien nicht blos die höheren Wirbelthiere, die Säuger, sondern auch die Fische, Vögel und Reptilien. Wer trotz der unverkennbaren hervortretenden Aehnlichkeit im Körperbau dennoch Bedenken trage, den Menschen als ein hoch entwickeltes Wirbelthier aufzufassen, der möge nicht blos die erwachsenen Geschöpfe der verschiedenen Ordnungen, Classen und Familien des Vertebraten-Typus mit einander vergleichen, sondern auch deren Embryonen. Durch eine Vergleichung der noch wenig entwickelten Geschöpfe trete die Familienähnlichkeit ganz frappant hervor und darum sei die comparative Embryologie von so hohem Werthe für die wissenschaftliche Systematik. Wenn man wissen wolle, ob ein Geschöpf zu dieser oder jener zu Unterabtheilung eines Typus zu rechnen sei, so brauche man nur seine Entwickelung während des Keimlebens zu studiren. In diesen frühen Stadien des individuellen Werdens treten die Verwandtschaftsverhältnisse deutlicher als in den späteren Perioden der Existenz hervor. Dr. Zacharias erläuterte diese Verhältnisse in der zweiten Abtheilung seines Vortrages in sehr übersichtlicher Weise durch die Vorführung von Photogrammen, welche von wirklichen Naturobjecten abgenommen worden waren. Der dazu angewandte Projectionsapparat (Skioptikon) stammt aus dem Atelier für wissenschaftliche Photographie von Otto Wiegand in Leipzig und leistet ganz Vorzügliches.

Einen großen Eindruck auf die Versammlung machte die Vorführung eines menschlichen Embryos von 4 Wochen und der zum Vergleich photographisch mitabgebildete eines Kaninchens von 14 Tagen. Beide Objecte, welche in der Natur eine Größe von nur wenigen Millimetern besitzen, erschienen auf dem weißen Schirm als Geschöpfe von 3—4 Fuß Länge.

Zum Schluß seines mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrags unterließ es Herr Dr. Zacharias nicht, zu betonen, daß alle diese Vergleiche sich nur auf den Körper und die körperliche Entwickelung der Menschen erstrecken, und daß mit der Behauptung einer Verwandtschaft unserer Rasse mit einem Geschlecht von thierischen Vorfahren durchaus nicht die Verpflichtung verknüpft sei, sich auch gegenwärtig noch thierisch zu benehmen. Im Gegentheil sei es dem, was das Menschengeschlecht im Laufe einer vieltausendjährigen Culturentwickelung erreicht habe, ein Spott zu noch Höherem gelegen. Es sei nicht niederdrückend, sondern vielmehr erhebend, daß es uns gelungen sei, aus eigener Kraft zu der erhabenen Stellung aufzusteigen, die wir jetzt unter den lebendigen Wesen einnehmen. Professor Dr. Dubois-Reymond habe gesagt, der Mensch stehe „an der Spitze seiner Brüder" und Herr Stöcker habe Anstoß an dieser These genommen. Könne aber Jemand dafür, wenn sein Bruder nicht so begabt und fortgeschritten sei wie er selbst? Es komme nur darauf an, die Entwickelungsleiter richtig zu verstehen; sei dies der Fall, so könne auch das stärkste Gemüth kein Aergerniß an derselben nehmen, denn trotz alles Darwinismus bleibe die Entstehung entwickelungsfähiger, organischer Materie nach wie vor ein Geheimniß, bezüglich dessen wir unser Ignoramus bekennen müssen. Hier beginnt das Gebiet des Glaubens und der Religion, auf dem die Naturforschung ihrerseits nichts zu suchen hat. — Die zahlreiche (auch von Damen) besuchte Versammlung votirte dem Redner zum Schluß den Dank des Vereins und spendete der hochinteressanten Ausführungen des Herrn Dr. Zacharias zu wiederholten Malen reichlichen Beifall. —ch.

Mittheilungen über Obst- und Gartenbau.

Herausgegeben vom Landesobstbau-Verein.

Gartenbau-Kalender für März.

Wer, in kälterer Lage wohnend, seine Pflanzen sich selbst ziehen will, kann sich nun ein Mistbeet anlegen; für kleinere Gärten, die in der Nähe von Gärtnereien gelegen sind, empfiehlt sich indeß durch Billigkeit und Bequemlichkeit das Ankaufen der meisten Pflanzen. Die Mistbeete sind bei Sonnenschein und milder Luft nach Bedürfniß zu lüften, bei Ost- und Nordwind jedoch nur wenig und auf der dem Wind entgegengesetzten Seite; alle bei den Mistbeeten nöthigen Arbeiten, wie Säen, Pflanzen, Begießen, Lüften, Auflockern sind nur in den wärmeren Tagesstunden vorzunehmen; je mehr gelüftet wird, desto häufiger muß begossen werden, in diesen Monate jedoch noch mit erwärmtem Wasser. In wärmerer Lage bedürfen die für Frühgemüsezucht schon angelegten Mistbeete besonderer Aufmerksamkeit; in den Garten- und Melonenbeeten sind die Zwischenpflanzungen von Salat, Radieschen u. s. weit zu beseitigen, daß sich die Ranken ausbreiten können. Die ersten weiblichen Blüthen an Gurken und Melonen müssen künstlich befruchtet werden, wozu sich immer genug männliche vorfinden, damit jede ansetzt. Sind die Bohnen mit zwei wirklichen Blättern versehen, so werden sie bis fast an die Keimblätter aufgefüllt. Als beste Treibbohne, die nicht hoch wird, empfiehlt ein Freiberger Gärtner Osborne's Treibbohne. Sobald der Erdboden hinreichend abgetrocknet ist, kann man anfangen zu graben und für die Früchter, die frischen Dünger vertragen, solchen mit unterbringen; zu säen würden dann von Gemüsen sein: Zwiebeln, Möhren, Petersilie, Salat, Radieschen, Erbsen (man steckt wegen des Frostes die Früherbsen etwas tiefer als die späteren), Spinat, südliche Kohlrübe, Pastinak, Schwarzwurzel, Frühkrautige, Rothkrautkraut, Gurkenkraut, Dill, auch etwas Kohlrabi und Kohl; um die kleineren Samen gleichmäßiger auszustreuen, kann man sie mit etwas trockenem Sand oder mit Erde vermengen. Der heuer zur Verwendung kommende Same dürfte wegen der ungünstigen Reifezeit im Vorjahre theilweise wenig oder gar nicht keimfähig sein; um sich viel Arbeit und vergebliches Warten zu ersparen, prüfe man den Samen vorher, indem man ihn zwischen befeuchtete wollene Lappen oder Löschpapier in einen Untersetzer legt und so warm aufbewahrt. Nach wenigen Tagen kann man an dem Procentsatz der gekeimten Samen sehen, ob er sich zur Aussaat eignet. Alle durchwinterten, zur Samenzucht bestimmten Gemüse werden an einem trüben, milden Tage aus gepflanzt, bevor sie noch im Winterlocale treiben; die verschiedenen Kohlarten bringe man an weit von einander entfernte Plätze, um die Kreuzung durch Vermischung des Blumenstaubes zu verhindern. Die an Ort und Stelle überwinterten Gemüse, wie Salat, Spinat, Körbelrübchen, sind, sobald es Boden und Witterung erlaubt, baldigst zu behacken und etwa vom Froste gehobene Pflanzen festzudrücken. Ausdauernde Küchen- und Arzneigewächse sind im März oder April, je nachdem sie treiben, umzulegen und zu vertheilen, wenn sie mehrere Jahre auf einem Boden gedauert haben, wie: Lavendel, Pfeffermünze, Krauseminze, Thymian, Weinraute, Oregano; die Wurzeln sind hierbei zu beschneiden und die gepflanzten Pflanzen ziemlich tief zu setzen; Fenchel ist nicht zu verpflanzen, sondern alle 3 Jahre frisch zu säen. — Von den Spargel-